

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Angelika Weikert

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Margarete Bause

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Thomas Kreuzer

Staatsminister Joachim Herrmann

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir treten nun in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion
"Klartext statt Schönreden - In der Asylpolitik jetzt die richtigen Weichen stellen!"**

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Redner bzw. Rednerinnen, kann auf Wunsch dieser Fraktion eine ihrer Rednerinnen oder einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung für mehr als zehn Minuten das Wort, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen. – Erste Rednerin ist die Kollegin Guttenberger.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht", sagt unsere Verfassung, das Grundgesetz. Dies ist ein wichtiges und festes Grundrecht, auf das sich jeder stützen kann, der bei uns Schutz sucht. Wir sind uns hier unserer Verantwortung wohl bewusst. Bayerische Asylpolitik heißt für uns Humanität bei der Unterbringung und Versorgung, heißt aber auch konsequente Rückführung derjenigen, die kein Bleiberecht haben. Sie heißt für uns auch, dass man die Entwicklungshilfe in den Herkunftsländern steigern muss, um Probleme gleich vor Ort zu lösen.

Dies ist für uns die Grundlage für eine ausgewogene Asylpolitik. Alle politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlinge erhalten bei uns Schutz und Hilfe. Wer aber das Asylrecht missbraucht, muss konsequent zurückgeführt werden und das Land verlassen. Dies stellt uns vor große Herausforderungen, weil sich die Zugangssituation wegen der vielen Krisenherde in der Welt stark verändert hat. Allein im Mai 2015 wurden annähernd

26.000 Asylanträge und Asylfolgeanträge gestellt, was im Vergleich zum gleichen Vorjahresmonat eine Steigerung um 108 % bedeutet, und die Tendenz hält an.

(Jürgen W. Heike (CSU): Wahnsinn!)

Im gleichen Zeitraum hatten wir bei den Asylfolgeanträgen eine Steigerung um 73 %. Hauptherkunftsländer sind neben Syrien auch das Kosovo und Albanien. Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass im Mai 2014 2.114 Menschen aus dem Kosovo, einem Land, das nach allen Einstufungen als ein sicheres Herkunftsland gilt, Asylanträge gestellt haben und es heute 29.747 sind, kann uns das nicht unberührt lassen.

Wir wollen deshalb, dass Albanien und das Kosovo in die Liste der sicheren Herkunftsländer aufgenommen werden, damit die Asylanträge beschleunigt bearbeitet werden können. Ich sage, weil ich hier Gemurmel höre, dass damit niemand rechtlos gestellt wird. Man kann im Einzelfall immer noch sagen: Ich bin ausnahmsweise ganz speziell verfolgt. Dann wird jeder Einzelfall geprüft. Das stellt niemanden rechtlos. Aber es zeigt sich, dass die Anerkennungsquote bei Leuten aus Albanien und dem Kosovo gegen null geht. Das muss man sich immer vor Augen halten. Deshalb wollen wir ein beschleunigtes Verfahren auf den Weg bringen.

Wir können die Augen nicht davor verschließen, dass die Zahl der Asylbewerberinnen und -bewerber ansteigt und damit auch die Zahl der Rückstände zunimmt, die sich bei der Bearbeitung durch das Bundesamt ergeben. Nach einer Koalitionsvereinbarung soll ein Asylverfahren höchstens drei Monate dauern. Wir sind teilweise bei zwei Jahren. Das ist uns zu lang. Wir freuen uns, dass das Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aufgestockt wurde, sind aber der festen Überzeugung, dass der Bund dann, wenn die drei Monate vorbei sind, die Kosten übernehmen sollte und dass zielgerichtet noch weit mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich eingesetzt werden müssen. Das ist auch positiv für den, der einen Antrag stellt; denn er hat relativ schnell einen Bescheid und weiß, wie sein Verfahren weitergeht. Auch aus diesem Grund ist es für uns unumgänglich, dass das Verfahren entsprechend ge-

ändert und unter Berücksichtigung der Sicherheitslage in dem Herkunftsland angepasst wird.

Wir haben die Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber deutlich ausgebaut und insoweit einen hohen Standard erreicht. Wir stehen jedoch vor weiteren Herausforderungen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kollegin, bitte kommen Sie zum Ende.

Petra Guttenberger (CSU): Das wollte ich gerade tun. – Trotz alledem stehen wir vor dem Problem, dass wir wohl Turnhallen beschlagnahmen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Weikert.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, guten Morgen! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde lautet: "Klartext statt Schönreden – In der Asylpolitik jetzt die richtigen Weichen stellen!" Ja, Kollegin Guttenberger, wir brauchen tatsächlich Klartext in diesem Themenfeld. Aber was heißt das für uns Sozialdemokraten? – "Klartext" heißt in allererster Linie, die Herausforderungen, die zweifellos groß sind – das kann niemand bestreiten; auch wir sehen das so –, anzunehmen und sich ihnen gemeinsam zu stellen. Einzubeziehen sind neben der europäischen Ebene der Bund, die Länder und vor allem die Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

"Klartext" heißt, zu unserer humanitären Verantwortung zu stehen, Integrationsmaßnahmen zu forcieren und auszuloten, was bei realistischer Betrachtung umsetzbar ist. Dabei haben wir die rechtsstaatlichen Prinzipien, die insbesondere im Grundgesetz und in internationalen Vereinbarungen, zum Beispiel in der Genfer Flüchtlingskonven-

tion, niedergelegt sind, zu beachten. Wir müssen also im Sinne eines Rechtsstaates – einem solchen gehören wir an – handeln. "Klartext" heißt, sich zusammenzuschließen und gemeinsam an Problemlösungen zu arbeiten.

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, "Klartext" heißt nicht, auf billige Polemik zu setzen, zu dramatisieren, Vorurteile anzuheizen oder gesellschaftliche Gruppen und Bedürfnisse gegeneinander auszuspielen, wie Sie es leider immer wieder tun.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Das ist doch nicht wahr!)

Ich bringe zum Beleg einige Zitate: Finanzminister Söder lässt nicht locker und rechnet uns permanent vor, wie viel Geld für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern aufgebracht werden muss.

(Petra Guttenberger (CSU): Das stimmt doch auch! – Jürgen W. Heike (CSU): Ist das falsch?)

– Sie haben in der Aktuellen Stunde so viel Redezeit. Wir aber haben keine Möglichkeit, hier anderweitig einzugreifen. Daher bitte ich Sie, mir zuzuhören.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CSU)

Herr Söder rechnet auf und sagt, für dieses Geld könnten 5.000 Lehrer eingestellt oder 460.000 Studienplätze geschaffen werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wenn Sie heute Ihre Versäumnisse in der Bildungspolitik gegen die Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern aufrechnen, dann ist das mehr als daneben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Seit 2003 bin ich Mitglied des Bayerischen Landtags. Ich erinnere mich, dass wir die Einstellung von 5.000 Lehrern schon in den Jahren 2008 und 2009 gefordert haben. Damals hatte die Staatsregierung noch keine großen Herausforderungen in der Asyl-

politik zu bewältigen. Im Klartext: Die CSU und die Staatsregierung haben dieses Thema damals vollkommen verschlafen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Finanzminister Söder hat gestern behauptet, Bayern befinde sich "fast schon im Katastrophenmodus". Dieser leichtfertige Gebrauch des Wortes "Katastrophe" ist angesichts der wirklichen Katastrophen in dieser Welt einfach nur als zynisch zu bezeichnen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Katastrophenregierung!)

Ich kann nur sagen: Sie wissen nicht, was echte Katastrophen sind. – Ab und an erhält der Finanzminister einen Rüffel vom Ministerpräsidenten, das heißt, er wird zurückgepiffen. Der Ministerpräsident sagt dann zwar, Polarisierung und Zuspitzung seien vielleicht doch nicht so gut, legt allerdings gleichzeitig nach, indem er von "massenhaftem Asylmissbrauch" spricht.

Kolleginnen und Kollegen, jetzt zur Sache: Was ist im Bund passiert? Was ist auf Anregung der SPD passiert?

(Lachen des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Der Bund hat seine Mittel aufgestockt und den Ländern und Kommunen Hilfe zugesagt. Er sichert zu, sich ab dem kommenden Jahr dauerhaft an den Kosten für Unterbringung und Versorgung zu beteiligen. Im Unterschied zu anderen Bundesländern will der Freistaat Bayern diese Gelder nicht an die Kommunen weiterleiten. Das hätte er schon mit der Soforthilfe des Bundes vom November 2014 tun müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

– Sie haben noch zehn Minuten Redezeit, Herr Kreuzer.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie reden einen derartigen Unsinn, dass es nicht mehr anzuhören ist!)

Frau Präsidentin?

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte doch um etwas Ruhe. Für den Sommerkrach haben wir nächste Woche auch noch Zeit.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich bitte Sie, das meiner Redezeit gutzurechnen.

(Lachen bei der CSU – Weitere Zurufe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte! Hier drin herrscht ein Lärmpegel, dass es wirklich schwierig ist.

(Angelika Weikert (SPD): Das ist unglaublich!)

Es ist nicht nur für uns im Präsidium, sondern auch für die Rednerin oder den Redner, egal von welcher Fraktion, schwierig, wenn Sie nicht zuhören.

(Unruhe bei der CSU)

– Sie können sich draußen unterhalten; das steht Ihnen jederzeit frei. Jetzt hat Frau Weikert das Rednerpult für sich.

(Beifall bei der SPD)

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Die Bundesregierung hat das Baurecht verändert und den Neubau von Flüchtlingsunterkünften massiv erleichtert. Der Bund hat den Ländern für die Unterbringung Bundesimmobilien zur Verfügung gestellt. Wir haben nachgefragt, wie es insofern mit den Immobilien des Freistaates Bayern aussieht. Aus dem Finanzministerium kommt die Auskunft: Das wissen wir nicht genau, aber wir sagen schon heute, da ist nichts da. – Eine tolle Aussage! Die Staatsregierung hat nicht genau hingeschaut und kommt ihrer Auskunftspflicht

nicht nach. – Die Möglichkeiten zur Arbeitsaufnahme sind erleichtert worden, weil viele Flüchtlinge ihren Teil dazu beitragen wollen, dass die Gesellschaft, die sie aufnimmt, vorankommt.

Frau Guttenberger, wenn die CSU die Ausstattung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge kritisiert, dann sage ich: Ich muss das Bundesamt nicht verteidigen. Aber es lässt sich sehr leicht über ein Amt herziehen, das nicht unter der Hoheit des Freistaates Bayern steht. Sie wissen genau, dass die Verbesserung der Personalausstattung, das heißt die Einstellung beziehungsweise Qualifizierung von Personal, Zeit in Anspruch nimmt. Auch Sie wollen doch sicherlich, dass das Bundesamt seine Entscheidungen unter Beachtung rechtsstaatlicher Prinzipien trifft. Ich erinnere daran, wie lange der Freistaat Bayern gebraucht hat, um endlich eine dritte, vierte und fünfte Erstaufnahmeeinrichtung zu eröffnen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Schon im Jahr 2009 haben wir Sie darauf hingewiesen – die sieben Regierungspräsidenten haben das 2010 wiederholt –, dass Sie handeln müssen. Die Staatsregierung hat das Problem fünf Jahre lang ignoriert beziehungsweise verschlafen. Wenn wir heute fragen, wo die Erstaufnahmeeinrichtungen sind, hören wir, das dauere halt. Aber auf ein Bundesamt kann man ja losgehen.

Was passiert weiter im Bund? - Das Ministerium von Manuela Schwesig hat das Programm "Willkommen bei Freunden" aufgelegt. Damit wird den Kommunen Hilfe zugesichert. Die Kommunen werden beraten; sie werden in ihren Aufgabenstellungen unterstützt, gerade was die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge betrifft. Ein Gesetzentwurf ist in Arbeit, der ab dem nächsten Jahr die bundesweite Verteilung vorsieht. Da gilt ebenfalls: Wir sind ein Rechtsstaat; das heißt: Ein Gesetz wird eingebracht, letztlich vom Bundesparlament diskutiert und dann verabschiedet. Auch das nimmt wieder Zeit in Anspruch.

Ich komme jetzt zum zweiten Teil. Zu den Herausforderungen gehört es, die richtigen Weichen zu stellen. Die richtigen Weichen stellen – das bedeutet für uns als Sozialdemokraten, die Kommunen nicht alleine zu lassen und sie bei der Suche nach geeigneten Immobilien zu unterstützen. Hierzu gehört auch, die Immobilien des Freistaates Bayern dafür zur Verfügung zu stellen; hierzu gehört, die Erstaufnahmeeinrichtungen weiter auszubauen, bis wir endlich auf den Stand kommen, dass wir in jedem der sieben Regierungsbezirke eine Erstaufnahmeeinrichtung haben.

(Beifall bei der SPD)

Das, Frau Guttenberger, würde die Verfahren nämlich auch beschleunigen;

(Beifall bei der SPD)

denn das Bundesamt muss häufig genug den Flüchtlingen hinterherreisen, weil keine Erstaufnahmeeinrichtung in der Nähe zur Verfügung steht.

Wir fordern auch – und das steht an – die bayernweite Verteilung von Flüchtlingen, vor allem der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge; denn gerade die Städte München, Nürnberg, Passau und Rosenheim sind extrem belastet. Das ist eine weitere Herausforderung in der Asylpolitik. Außerdem brauchen wir dringend die Koordination von hauptamtlicher und ehrenamtlicher Sozialarbeit für Flüchtlinge.

(Beifall bei der SPD)

Die vielen Helferkreise im Land, die persönlich motiviert und sehr qualifiziert sind – das sind Ärzte, das sind Anwälte; ich komme sehr viel mit diesen Helferkreisen zusammen –, brauchen rechtliche Unterstützung, sie brauchen Informationsangebote. Vor allen Dingen brauchen sie Koordination und Unterstützung vor Ort. An dieser Stelle gilt ein ganz herzliches Dankeschön den vielen Helfern, die Menschlichkeit zeigen und sich vor Ort kümmern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir brauchen die Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Wir müssen die Potenziale der Flüchtlinge, die zu uns kommen - -

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Weikert, ich darf Sie an die Zeit erinnern.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich habe so viele Zwischenrufe gehabt, deswegen - -

(Zurufe von der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ja, aber trotzdem.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Fazit: Die Herausforderungen sind groß. Wir müssen uns ihnen gemeinsam stellen. Flüchtlinge haben Potenzial, und sie brauchen eine Chance in unserer Gesellschaft. Davon können alle Seiten profitieren.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen Sie zum Ende!

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Die CSU-Rhetorik sehe ich als große Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die Motivation der ehrenamtlich Engagierten.

(Beifall bei der SPD)

Sie bedienen die Stammtische, aber Sie stellen sich nicht den Herausforderungen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Nächster Redner ist der Kollege Aiwanger.

(Angelika Weikert (SPD): Wir haben jetzt anscheinend Krawall-Modus hier!)

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Handeln statt Reden, das ist die Forderung in der Asylpolitik, die wir seitens der FREIEN WÄHLER an Sie stellen. Der Arbeitstitel Ihrer Aktuellen Stunde lautet: "Klartext statt Schönreden." Sie aber bleiben wieder beim Reden. Sie kritisieren das bisherige Schönreden und kündigen jetzt Klartextreden an. In vier Wochen werden Sie verschärfte Klartextreden ankündigen. Ich sage Ihnen: Sie müssen endlich handeln!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Damit wir in der Asylfrage die Hilfe auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren können, müssen wir heute den Asylmissbrauch ganz gezielt bekämpfen. Und da werfe ich Ihnen in der Landesregierung und auch in der Bundesregierung klägliches Politikversagen vor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Oh!)

Sie haben bei Ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth vor einem halben Jahr beschlossen, dass die Dauer der Asylverfahren auf sechs Wochen verkürzt werden soll. Was haben Sie als alleinregierende Partei bisher dafür getan? - Die aktuelle Situation sieht so aus: Der Präsident des Verwaltungsgerichtshofs ruft händeringend nach 50 neuen Richterstellen für die Verwaltungsgerichte, um den Asylstau abarbeiten zu können. Sie kündigen ihm – Herr Kreuzer, wissen Sie, wie viele neue Richterstellen Sie für den 1. Januar 2016 ankündigen? - Offensichtlich nicht! – 16 Stellen an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Ist das hier eine Quizshow, oder was?)

Der Chef des Verwaltungsgerichtshofs in Bayern will 50 Richterstellen, und Sie kündigen ihm für den 1. Januar nächsten Jahres 16 Stellen an. Wissen Sie, was Sie tun müssten? - Wenn der 50 will, müssten Sie ihm 60 geben, und nicht 16!

(Lachen bei der CSU und der Regierungsbank)

Ich sage Ihnen auch, warum.

(Zurufe von der CSU)

Sie wollen nicht mal die 30 Richterstellen zahlen. Diese Richter stehen aber allein in der Verantwortung dafür, diese Staus abzuarbeiten. Wir haben derzeit Verfahren von 30.000 Albanern vorliegen, die 0,0 % Anspruch auf Asyl haben. Diese Albaner klagen gegen den Bescheid des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Und die Akten liegen auf Halde. Ihre Rednerin hat vorhin selber gesagt, dass diese Fälle bis zu zwei Jahren herumliegen. Sie haben im Januar von sechs Wochen gesprochen, geben jetzt selber zu, dass das Ganze zwei Jahre dauert. Sie liegen näher an sechs Monaten bis zu sechs Jahren als bei sechs Wochen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist Ihr Versagen in der Asylpolitik. Und dann fordern Sie die richtige Weichenstellung! Ich sage Ihnen: Sie betreiben hier Staatsversagen und Politikversagen.

(Zuruf von der CSU: Ach ja?)

Sie sind dieser Situation nicht gewachsen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich setze noch eins drauf: Sie haben bei der letzten Wahl im Zusammenhang mit der Ausländermaut, mit der Sie die Leute hinters Licht geführt haben, gesehen, wie gut es läuft. Die nächste Wahl wird heute schon wieder vorbereitet, diesmal durch eine Verschleppung der Asylsituation. Nächstes Mal wollen Sie eine Eskalation an der Asylfront, damit Sie sagen können: Wir räumen auf, und die anderen verschlafen es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU: Das ist eine Unverschämtheit!)

Sie verschleppen die Asylsituation. Sie sind nicht in der Lage, dieses Problem zu lösen. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass Sie sich weigern, die dringend benötigten Richterstellen zur Verfügung zu stellen. Beim Verwaltungsgericht in Regensburg hatten wir bisher rund 400 Fälle jährlich im Bereich Asyl zu bearbeiten. Momentan sind es in diesem Jahr schon 1.500 Fälle, und das bei gleichem Personalstand. Diese Leute schreien um Hilfe, und Sie sagen: Wir müssen Klartext reden. Jawohl, wir reden Klartext: Sie müssen handeln; denn Sie sind in der Lage, zu handeln, weil Sie regieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, aktuell haben in den letzten Monaten über 40.000 Menschen die Grenze nach Deutschland überschritten. Jetzt ruft auch die Polizei um Hilfe und sagt, sie könne das Ausländergesetz nicht mehr anwenden; auch die erkennungsdienstliche Behandlung könne man nicht mehr vornehmen. Was wir bisher in Italien kritisiert haben, schafft unser Personal mittlerweile genauso wenig. Das bedeutet: Derzeit befinden sich 10.000 Menschen im Land, von denen niemand weiß, wer sie überhaupt sind, aus welchem Land sie stammen, welchen Status sie haben und dergleichen mehr. Dieses Staatsversagen haben Sie als Alleinregierung mitzuverantworten. Wir haben ein uniongeführtes Bundesinnenministerium. Dort sitzt kein Linker, dort sitzt keine böse Frau Nahles und auch kein GRÜNER – nein, dort sitzt ein Schwarzer und ist dort verantwortlich. Er ist dort genauso überfordert und genauso wenig willens, eine Lösung zu finden. Sie sind an dieser Stelle politisch gescheitert. Geben Sie das zu und tragen Sie dieses Thema nicht auf dem Rücken der Menschen aus, nur um eine neue Wahlkampfsituation für sich zu schaffen!

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Mein Gott!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen Sie zum Ende, Herr Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Hätten wir die Ehrenamtlichen nicht, wäre das System längst kollabiert. Sie sind hier gescheitert. Geben Sie es endlich zu, und ziehen Sie die Konsequenzen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Liebes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von der CSU, was Sie in der Asylpolitik mittlerweile von sich geben, ist nicht Klartext, sondern das ist Stimmungsmache gegen Schutzsuchende.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der CSU: Mein Gott!)

Sie spalten und Sie vergiften, und das ganz bewusst und ganz gezielt. Sie spielen damit wirklich ein brandgefährliches Spiel. Ich hoffe, Sie erinnern sich noch an den Anschlag in Vorra. Heute Nacht ist in Reichertshofen im Landkreis Pfaffenhofen auch wieder eine Asylunterkunft in Brand gesteckt worden, die eigentlich demnächst bezogen werden sollte. Wollen Sie denn wirklich den Menschen, die das tun, noch die Argumente liefern, warum Sie das tun?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zurufe der Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU) und Josef Zellmeier (CSU))

Hören Sie endlich auf mit Ihrer schäbigen Politik! Sie schüren Vorurteile und Aggressionen, anstatt sich an die Fakten zu halten. Machen wir doch einmal den Faktencheck. Fakt ist erstens: Nicht bei uns herrscht der Ausnahmezustand und der Katastrophenmodus. Schauen Sie nach Syrien, schauen Sie nach Libyen und nach Eritrea, dann werden Sie sehen, was Ausnahme und Katastrophe ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Josef Zellmeier (CSU))

Es ist doch unerträglich, wenn Sie das mit unserer Situation hier vergleichen. Die wirklich großen Probleme haben die Flüchtlinge und nicht wir hier.

Fakt ist zweitens: Die Schutzquote bei den Asylanträgen liegt bei knapp 35 % und nicht bei den 2 %, die Markus Söder im Moment immer wieder thematisiert und durchs Land trägt. Wenn man die sogenannten formellen Erledigungen einbezieht, dann sind wir momentan bei einer Gesamtschutzquote von 48,5 %.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es! Das ist die Wahrheit!)

Fast jeder Zweite genießt den Schutz aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention und anderer rechtlicher Übereinkünfte. Sehen Sie sich das endlich an, akzeptieren Sie es und hören Sie auf mit diesen verhetzenden Reden von 2 %!

(Beifall bei den GRÜNEN und SPD – Zuruf von der CSU: Was ist mit der anderen Seite? – Thomas Kreuzer (CSU): Das stimmt doch nicht! – Volkmar Halbleib (SPD): Doch!)

Fakt ist drittens: Sie lassen diejenigen vor Ort in Stich, die Hilfe leisten, die sich kümmern, sich engagieren und sich um Integration bemühen. Erst vor Kurzem gab es einen Brandbrief von Helferkreisen. Mittlerweile lösen sich einige Helferkreise auf – nicht, weil sie sagen, es kommen so viele Flüchtlinge, sondern weil sie sich von Ihnen und den Ministerien, von den offiziellen Stellen im Stich gelassen fühlen, weil Sie die Bürokratie aufbauen, gegen die die anderen ankämpfen müssen.

(Josef Zellmeier (CSU): Genau deshalb? - Das ist doch Quatsch! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Florian Herrmann (CSU))

Diese Helferkreise sind das Rückgrat der vielbeschworenen Willkommenskultur. Wenn wir das Wort "Willkommenskultur" nicht zur zynischen Floskel verkommen lassen wollen, dann müssen wir diejenigen stärken, die sich vor Ort engagieren und die Flüchtlinge unterstützen. Genau jene müssen wir unterstützen, damit wir den gesellschaftlichen Frieden erhalten.

Fakt ist: Sie sprechen davon, man müsse die Fluchtursachen bekämpfen. In der letzten Woche gab es einen Dringlichkeitsantrag der SPD im Europaausschuss. Dabei ging es darum, die Fluchtursachen auf dem Balkan zu bekämpfen – ganz genau, auf dem Balkan -, dort die Wirtschaftsbeziehungen und die Hilfsprogramme aufzubauen, damit die Menschen vor Ort eine Perspektive, eine wirtschaftliche Perspektive haben und sich etwas aufbauen können. Was tun Sie? – Anstatt zu sagen: Super Idee, müssen wir sofort umsetzen", lehnen Sie diesen Antrag mit fadenscheinigen Argumenten ab. Das zeigt: Es geht Ihnen nicht um konkrete Lösungen und die Bekämpfung von Fluchtursachen, sondern es geht Ihnen um schäbige Stimmungsmache.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört! So ist die Wahrheit!)

Fakt ist: Durch Ihre Abschreckungsrhetorik werden Sie keinen Flüchtling davon abhalten, vor Krieg und Verfolgung zu fliehen. Dazu ist die Not vor Ort viel zu groß. Da mag sich Herr Söder noch so ins Zeug legen, mit den Diktatoren dort wird er es dann doch nicht aufnehmen – zum Glück!

(Zuruf von der CSU: Sie machen das doch! – Zurufe der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU) und Dr. Florian Herrmann (CSU))

Aber Sie schaffen damit, dass Sie hier vor Ort die Stimmung vergiften, dass Sie polarisieren und den gesellschaftlichen Frieden aufs Spiel setzen.

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

Da müssen Sie aufpassen. Das dürfen wir nicht zulassen. Deshalb fordere ich Sie eindringlich auf: Hören Sie endlich auf mit dieser Kampfrhetorik!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fakt ist: Es gibt auch in Ihren Reihen besonnene Töne und Menschen mit aufrichtigem Engagement. Ich hätte mir zum Beispiel gewünscht, dass Martin Neumeyer in der

heutigen Debatte spricht. Ich weiß nicht, ob er nicht mag oder nicht darf oder ob er schon aufgegeben hat.

(Zurufe von der CSU: Ach!)

Ich würde mir wünschen, dass der Wortführer in Ihrer Asylpolitik nicht Markus Söder, sondern Martin Neumeyer heißt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Bause, kommen Sie bitte zum Ende.

Margarete Bause (GRÜNE): Fakt ist: Was macht man, wenn man große Herausforderungen, große Aufgaben hat? – Man packt sie an. Man jammert nicht, man klagt nicht, man verschiebt die Verantwortung nicht auf andere, sondern man stellt sich ihr. Beim G-7-Gipfel konnten Sie sich selbst nicht genug loben, dass Sie mit großer Kraftanstrengung ein tolles Projekt geschultert haben.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen Sie zum Ende.

Margarete Bause (GRÜNE): Ja, nur einen Bruchteil dieser Kraftanstrengungen würde ich mir wünschen für eine menschenwürdige und menschliche Asylpolitik in Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Zellmeier (CSU))

Sie ist jede Kraftanstrengung wert.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte schön!

Margarete Bause (GRÜNE): Dort haben Sie bisher versagt, deshalb fordere ich Sie auf:

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen Sie doch zum Ende!

Margarete Bause (GRÜNE): Setzen Sie nicht noch mehr mutwillig den gesellschaftlichen Frieden aufs Spiel. Sie alle werden es nämlich später bitter beklagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächster Redner ist der Kollege Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts von fast 60 Millionen Flüchtlingen in der Welt, angesichts einer dramatisch steigenden Zahl von Flüchtlingen in unserem Land ist es notwendig, dass wir mit diesen Herausforderungen ernsthaft umgehen und nicht Beiträge liefern, wie wir sie zuletzt vom Kollegen Aiwanger und der Kollegin Bause gehört haben. Das ist nicht der richtige Weg, sich mit den Themen auseinanderzusetzen.

(Josef Zellmeier (CSU): Bravo! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jawohl, ihr verschleppt das! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist aber Tatsache!)

Wenn Sie davon sprechen, dass von einer politischen Partei bewusst die Verschleppung an der Asylfront herbeigerufen wird, dann ist das ein Stil, der unterirdisch ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist doch Ihre Verantwortung im Bund!)

So kann man diese Themen nicht miteinander angehen. Wenn Sie der Kollegin Guttenberger vorwerfen, dass sie das Bundesamt angreift, geschätzte Frau Kollegin Weikert, dann möchte ich schon darauf hinweisen, dass wir lange Warte- bzw. Bearbeitungszeiten haben, dass erst jetzt das Personal zugeschaltet wird und aufgrund der zunehmenden Zahl an Flüchtlingen die Wartezeiten noch nicht abgebaut werden. Das ist Fakt, und das muss man ansprechen können.

(Angelika Weikert (SPD): Wir können erst etwas machen, wenn sie genehmigt sind! Finanzminister Schäuble stellt das Personal zur Verfügung! – Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

Meine Damen und Herren, es ist notwendig, dass wir miteinander in einem Dreiklang der Politik die Flüchtlingsprobleme angehen. Da ist zum Ersten – ich darf das aus-

drücklich noch einmal sagen – die Bekämpfung der Fluchtursachen mit den Herkunftsländern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Deshalb lehnen Sie unsere Anträge hierzu ab, das ist die Konsequenz?)

Da ist zum Zweiten die Asylpolitik im Sinne einer Begleitung jener, die hier ankommen, im Sinne einer Willkommenskultur und einer Förderung jener, die berechtigt hier sind. Zum Dritten ist da aber auch die Bekämpfung des Missbrauchs; das möchte ich ausdrücklich wiederholen. Wenn wir merken, dass bei der Feststellung des Kosovo als eines gesicherten Herkunftslandes die Zahl der Flüchtlinge aus dem Kosovo drastisch zurückgeht, dann ist das doch ein Beweis dafür, dass vorher Missbrauch stattgefunden hat. Daraus müssen wir politisch die Konsequenzen ziehen, statt davor die Augen zu verschließen. Es wäre eine unverantwortliche Politik, wenn wir nichts dagegen tun würden.

(Beifall bei der CSU – Angelika Weikert (SPD): Wer verschließt denn die Augen?
– Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

Gestatten Sie mir, noch auf die sozialpolitischen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Asylpolitik einzugehen. Wir haben eine Versechsfachung der Mittel in der Asylsozialpolitik. Die Asylsozialpolitik ist – ich hoffe, darin sind wir uns wenigstens einig – ein Beitrag im Sinne auch der Weichenstellung, die zu einer Befriedung im Umfeld von Einrichtungen, von Gemeinschaftsunterkünften wie von Erstaufnahmeeinrichtungen, beiträgt. Das wollen wir entsprechend weiterführen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dem haben Sie sich lange verweigert, wenn ich das richtig sehe!)

- Da sind Sie völlig falsch gewickelt, Herr Kollege. Bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen – das ist mir ein ernstes Thema –

(Angelika Weikert (SPD): Das fördern wir!)

sollten wir über das Niveau von Standards nicht polemisch miteinander diskutieren. Übrigens sagen die Träger der Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, es sei nicht überall das höchste Niveau der Kinder- und Jugendhilfe notwendig. Dort, wo keine Traumatisierung vorliegt oder ähnlicher Hilfebedarf notwendig ist, muss eine Umsteuerung erfolgen. Wir brauchen endlich eine gerechte Verteilung. Das Bundeskabinett hat hierzu Beschlüsse gefasst. Wir brauchen aber endlich eine gerechte Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Es kann nicht sein, meine Damen und Herren, dass einige wenige Kommunen in Bayern und einige wenige Bundesländer den Hauptanteil aufnehmen.

(Angelika Weikert (SPD): Längst passiert!)

Das ist nicht die Zukunft hinsichtlich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge.

(Thomas Kreuzer (CSU): Nichts ist passiert! – Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Schluss. Es richtig zu machen, heißt deshalb,

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr schafft ja nicht einmal die Verteilung in Bayern!)

denjenigen, die berechtigt hier sind, Perspektiven zu geben, und vorhandenen Missbrauch konsequent zu beseitigen. Nur dann wird es möglich sein, die größten Herausforderungen und Probleme zu lösen. Daran wollen wir arbeiten. Dagegen sollten Sie nicht mit billiger Polemik schießen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächster Redner ist Kollege Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alles spitzt sich auf eine Frage zu: Ist unser Problem die Rhetorik und das Benennen der Dinge, oder haben wir ein wirkliches Problem in diesem Land? – Als hier jemand vor wenigen Wochen vom Flüchtlingsstrom geredet hat, ist er von Kollegin Bause scharf kritisiert worden. Das ist als Unverschämtheit zurückgewiesen worden. Wie ist die Si-

tuation inzwischen? – Vor drei Jahren hatten wir 80.000, dann 130.000, dann 200.000, und heuer haben wir 500.000 Flüchtlinge. Wenn es so weitergeht, haben wir nächstes Jahr 1 Million Flüchtlinge. Die Prozentsätze der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge steigen noch dramatischer. Meine Damen und Herren, deswegen sage ich: Wir haben kein rhetorisches, sondern wir haben ein reales Problem in diesem Staat.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wenn man ein reales Problem hat, muss man es angehen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Handeln, nicht reden! – Zuruf von den GRÜNEN: Ganz genau!)

Man muss die Dinge lösen, statt sie wegzureden, wie Sie von der Opposition dies machen. Man darf die Probleme nicht wegreden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Handeln statt verschleppen!)

– Herr Aiwanger, zu Ihnen sage ich: Das Problem Ihrer Partei ist, dass Sie in Umfragen null Sachkompetenz haben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Sie liegen gnadenlos bei null. In Erhebungen unabhängiger Institute tendieren Sie hinsichtlich Kompetenzfragen in allen Bereichen gegen Null.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben eine absolute Mehrheit ohne die Kompetenz!)

Sie sind Populisten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Populisten haben natürlich Angst vor noch größeren Populisten.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie werden sehen, dass Sie der Fünf-Prozent-Hürde entgegengehen, meine Damen und Herren. Das ist die Situation.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Vor Ihnen habe ich nicht Angst, Herr Kreuzer!)

Wir haben uns in einem unglaublichen Umfang – ich will den finanziellen Rahmen gar nicht nennen – bemüht, für Aufnahmeeinrichtungen zu sorgen, um die Menschen insgesamt unterzubringen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Verschlepper seid ihr!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte doch um etwas Ruhe.

Thomas Kreuzer (CSU): Herr Aiwanger, Sie haben Angst vor Populisten, weil Sie ein Populist sind. Sie haben zu Recht Angst. Dies sage ich Ihnen noch einmal.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Natürlich kann man die Dinge angehen, indem man meint, man könnte die Probleme im eigenen Land lösen, indem man die Zahl der Entscheider erhöht, indem man die Aufnahmekapazitäten erhöht etc. Dazu sage ich Ihnen: Dies wird nicht von Erfolg gekrönt sein.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wenn wir nächstes Jahr eine Million und in zwei Jahren zwei Millionen Flüchtlinge haben, werden wir diesen Zustrom im eigenen Land niemals bewältigen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Das sind die Fakten. Es gibt nur eine Methode: Wir müssen den Zustrom insgesamt eindämmen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und die, die hier sind, lassen Sie hier!)

Immer noch sind zwei Drittel der Menschen, die hierherkommen, unter keinem Gesichtspunkt berechtigt. Dies müssen wir stoppen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Angelika Weikert (SPD): Ihre ganzen Vorschläge können Sie nicht einmal im Bund durchsetzen, geschweige denn in Europa!)

Wir müssen folgende Sofortmaßnahmen ergreifen: Erstens. Ausweitung der Zahl der sicheren Drittstaaten. Das ist bisher von Rot-Grün im Bundesrat verhindert worden. Das ist unverantwortlich, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Hierbei geht es um Albanien, Kosovo und Montenegro. Wir werden dies wieder von Bayern aus beantragen, und Sie werden es wieder ablehnen. Sie sind schuld, dass aus diesen Gebieten so viele Leute kommen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Josef Zellmeier (CSU): Bravo! Sehr richtig! – Angelika Weikert (SPD): Sie haben doch kein anderes Bundesland an Ihrer Seite!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Einen Moment, Herr Kreuzer. Wir müssen zunächst einmal alle sich beruhigen lassen; denn sonst verstehen wir gar nichts mehr.

(Zuruf von der SPD)

– Nein, ich bitte doch um etwas Ruhe.

Thomas Kreuzer (CSU): Die Kollegin hat sich über Zwischenrufe beklagt, plärrt aber ständig dazwischen. Dies ist die Konsequenz der SPD, meine Damen und Herren. Sie haben sich vorher dauernd beklagt, aber jetzt rufen Sie ständig dazwischen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe aber nicht ein so schwaches Nervenkostüm wie Sie. Ich lasse mich da nicht aus der Ruhe bringen; verstehen Sie?

(Beifall bei der CSU – Angelika Weikert (SPD): Da unterschätzen Sie mich aber gewaltig!)

Zweitens. Wir müssen kurzfristig zu massiven Leistungseinschränkungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für Leute aus sicheren Drittstaaten kommen, deren Anträge offensichtlich unbegründet sind. Für diese darf sich der Aufenthalt in Deutschland nicht mehr lohnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sagen Sie das Ihrem Innenminister!)

Auch dies wird der Freistaat Bayern im Bundesrat einbringen. Die Dinge gehen immer 15 : 1 aus, Kollege Halbleib, weil alle Rot-Grünen dagegen sind. Sie alle sind gegen diese Maßnahmen. Sie sind verantwortlich, dass dies nicht greift.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden Sie im Bundesrat gnadenlos stellen. Dieses Dahergerede hier hört auf!

(Volkmar Halbleib (SPD): Gnadenlos – das sind Sie! Das kann man sagen!)

Entweder Sie stimmen in Berlin im Bundesrat zu, oder Sie sind für diese Zuströme aus dem Balkan verantwortlich.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zahlreiche Zurufe von der SPD und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Das ist die Realität.

(Volkmar Halbleib (SPD): Gnadenlos – das passt zu Ihnen, Herr Kollege Kreuzer!)

– Das ist die Realität, Herr Kollege Halbleib.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist "christlich" und "sozial"!)

Ich sage Ihnen, was kommen wird. Sie haben diese Politik auch vor 1992 so betrieben. Sie sind gnadenlos eingeknickt

(Volkmar Halbleib (SPD): Gnadenlos ist Ihr Lieblingswort!)

und haben den Asylkompromiss mittragen müssen, weil er unvermeidlich gewesen ist. Sie sind aus ideologischen Gründen gegen alles. Sie negieren die Realitäten. Ich sage Ihnen: Spätestens in einem halben Jahr wird Ihre Bundes-SPD und werden auch die GRÜNEN, die in der Regierungsverantwortung stehen, umschwenken, weil die Lage vor Ort nicht mehr zu bewältigen sein wird. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann Ihnen nur eines empfehlen: Schauen Sie, dass Sie nicht die letzten Mohikaner in dieser Republik sind und von allen anderen SPDlern und GRÜNEN in dieser Republik, die Verantwortung haben, überholt werden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Anderen Extremen!)

Wir müssen jetzt handeln,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jawohl! Bravo!)

damit wir die Dinge insgesamt in den Griff bekommen.

(Beifall des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Handeln jetzt! Bravo!)

– Herr Aiwanger applaudiert.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Handeln Sie!)

– Selbstverständlich. Jetzt sage ich Ihnen:

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, bitte!)

Sagen Sie das Ihren Oppositionskollegen. Vor der letzten Wahl wollten Sie doch eine Dreier-Koalition.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sind doch Ihre Kollegen in Berlin, nicht meine Kollegen! Ihre Kollegen!)

Sie wollten doch eine Dreier-Koalition, Herr Kollege Aiwanger, die sogenannte Ferkel-Koalition. Dann hätten Sie die beiden jetzt im Boot.

(Beifall bei der CSU - Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte jetzt doch um etwas mehr Ruhe.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Thomas Kreuzer (CSU): Ich sage: Wir müssen jetzt handeln.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Thema ist zu wichtig. Da kann ja nicht einmal mehr der Protokollant mitschreiben. Ich bitte jetzt um Ruhe. Den Zuschauern auf der Tribüne sage ich: So geht es bei uns nicht immer zu.

(Heiterkeit – Volkmar Halbleib (SPD): Nur wenn der Herr Kreuzer spricht!)

Thomas Kreuzer (CSU): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Lebhafte Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kreuzer, behalten Sie jetzt noch die Ruhe.

– Bitte.

Thomas Kreuzer (CSU): Die Opposition hat bei diesem Thema monate- und jahrelang gnadenlos versagt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben regiert!)

Wer heute Ihre Ausführungen gehört hat, hat mitbekommen, dass Sie die Problematik noch nicht begriffen haben. Ich prophezeie Ihnen: Spätestens in einem halben Jahr sind Sie auch so weit, meine Damen und Herren. Wir werden die entsprechenden gesetzlichen Änderungen auch im Bundesrat durchbringen. Das prophezeie ich Ihnen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was tut ihr in Bayern? - Wir sind im Bayerischen Landtag, nicht in Berlin!)

Ich werde dann sagen: Besser spät als nie. In Ihrer Situation wäre ich auch so nervös. Sie, die FREIEN WÄHLER, werden auf der rechten Seite von Populisten überholt, und die anderen können die Situation nicht vernünftig beherrschen, weil sie nicht handeln wollen. Das ist das Problem. Wir werden von der Situation gnadenlos betroffen, so dass am Ende in jedem Landkreis und überall klar sein wird, wer dies mit zu vertreten hat.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da sind Sie schuld! Sie regieren!)

Deswegen fordere ich die Bayerische Staatsregierung auf: Bringen wir diese Gesetzesvorhaben in den Bundesrat ein.

Meine Damen und Herren, Sie können dort sagen, ob Sie diese Situation in den Griff bekommen wollen. Wenn nicht, sind Sie für die Entwicklung mitverantwortlich.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie sind verantwortlich!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich Herrn Staatsminister Herrmann zum Rednerpult.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen in der Tat vor einer großen Herausforderung für unser Land, einer Herausforderung, die letztlich ganz Europa und viele Länder darüber hinaus betrifft. Wir haben in unserem Land zweifellos eine christliche, eine humanitäre und eine verfassungsrechtliche Verpflichtung, Menschen, die aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen verfolgt werden, zu helfen, sie aufzunehmen und zu schützen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das hat man bei Herrn Kreuzer deutlich gemerkt!)

Wir wollen für diese Menschen eine echte Willkommenskultur. Beispielsweise müssen Flüchtlinge aus dem Bürgerkrieg in Syrien spüren, dass wir ihnen gerne helfen. Für jeden, der sich in unserem Land aufhält, gilt, dass wir ihn in seiner Menschenwürde schützen. Deshalb sind tätliche Angriffe auf Asylbewerber oder Brandstiftungen indiskutabel. Wir kennen den genauen Hintergrund der Tat noch nicht, die heute Nacht im Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm verübt wurde. Wenn diese Tat rassistisch motiviert gewesen sein sollte, wäre das selbstverständlich nicht hinnehmbar. Jeder in unserem Land muss sich darauf verlassen können, dass unser Staat solche Menschen schützt und Übergriffen entgegentritt.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, klar ist aber auch, dass die deutliche Mehrheit der Menschen, die mit Asylanträgen in unser Land kommen, keinen Asylanspruch hat. Dies haben das Bundesamt und anschließend die Verwaltungsgerichte in rechtsstaatlichen Verfahren festgestellt. Frau Kollegin, Sie können die Prozentsätze hin und her schieben, wie Sie wollen: Selbst Sie kommen mit Ihrer Schönrechnerei immer noch deutlich unter 50 %. Das heißt, dass die Mehrheit – es handelt sich um eine viel größere Mehrheit – eben keinen Asylanspruch hat. Viele kommen in unser Land nach dem Motto: Man probiert es halt einmal. Diese Menschen werden von Schleusern verführt und missbraucht, die unser Asylrecht für ihre kriminel-

len Geschäfte missbrauchen. Dem darf dieser Rechtsstaat doch nicht tatenlos zusehen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der vergangenen Woche, also vom vorletzten Montag bis zum letzten Sonntag, sind in Bayern 5.075 Menschen ohne Aufenthaltsrecht von Kollegen der Bundespolizei und der Landespolizei aufgegriffen worden, in einer einzigen Woche. Das ist ein neuer Allzeitrekord in der Geschichte des Freistaats Bayern. Sie können selbst hochrechnen, was es für unser Land, für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt, bedeutet, wenn diese Größenordnung in den nächsten Wochen und Monaten gleich bleibt. Im gleichen Zeitraum haben die Bundespolizei und die Landespolizei alleine im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Niederbayern immerhin 54 Schleuser festnehmen können. Es ist wichtig, dass wir versuchen, gerade den Schleusern ihr Handwerk zu legen. Hier handelt es sich um kriminelle Machenschaften, da diese Schleuser völlig unmenschlich mit diesen Leuten umgehen. Wir müssen deshalb aktiv werden. Ich habe vorgestern mit dem Bundesinnenminister telefoniert: Die Bundespolizei wird verstärkt an der deutschen Südgrenze, also bei uns in Bayern, eingesetzt, weil es wichtig ist, dass wir konsequent kontrollieren. Es geht nicht darum, dass die Leute nicht ordentlich registriert werden. Sie werden registriert, die einen von der Polizei, die anderen anschließend in der Erstaufnahmeeinrichtung. Entscheidend ist aber, dass wir den Kriminellen auf die Spur kommen.

Meine Damen und Herren, wir müssen insgesamt aber auch daran arbeiten, dass gar nicht mehr so viele in unserem Land ankommen. Albanien, Kosovo und Montenegro müssen unverzüglich als sichere Herkunftsländer anerkannt werden. Ich bin dafür dankbar, dass Bürgermeister Olaf Scholz in Hamburg für dieses Thema wenigstens eine gewisse Offenheit erkennen ließ. Von Ihnen hat kein Einziger ein konkretes Wort dazu gesagt, was dagegensprechen würde. Sie reden nur allgemein herum.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Keiner von Ihnen hat heute klar gesagt, warum er dagegen ist. Die Anerkennungsquote für Flüchtlinge aus diesen Ländern liegt bei nahezu Null.

(Angelika Weikert (SPD): Bei dem Gespräch mit der Kanzlerin wurde gesagt, man prüft auf Bundesebene, ob das ein geeignetes Ziel ist. Das war ein Gespräch der Kanzlerin mit allen Länderchefs vor zwei Wochen! – Thomas Kreuzer (CSU): Sie haben das im Bundesrat direkt abgelehnt!)

– Was heißt denn "prüfen"? – Ich wäre dankbar, wenn das zügig geprüft würde; denn wir haben nicht jahrelang Zeit. Wir können nicht neue Kommissionen einsetzen. Die Entscheidungsquoten des Bundesamtes sind offenkundig und liegen auf dem Tisch. Die Bundeskanzlerin war in Albanien. In Albanien gibt es keine allgemeine Verfolgungssituation.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jawohl!)

Deshalb erwarte ich dringend, dass sich die SPD und die GRÜNEN und ihre Vertreter im Bundestag und im Bundesrat eines Besseren besinnen. Die Anerkennung von Albanien, Montenegro und dem Kosovo als sichere Herkunftsländer löst zwar nicht alle Probleme, ist aber ein Mosaikstein von mehreren.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kollegen von den GRÜNEN, Ministerpräsident Kretschmann hat erkannt, dass dieses Thema im Nachbarland Baden-Württemberg zunehmend ein Problem wird. Angesichts der Kategorien, in denen GRÜNE denken dürfen, ist ihm aber nichts anderes eingefallen, als den Königsteiner Schlüssel infrage zu stellen und die Leute nach Brandenburg weiterzuschicken. Ich muss sagen, das ist keine politische Meisterleistung.

(Beifall bei der CSU)

Offenkundig ist, dass auch im Nachbarland Baden-Württemberg die Kommunen immer mehr darüber klagen, dass sie mit dem Problem nicht mehr fertig werden. Ich bin sicher, auch die grün-rote Regierung in Baden-Württemberg wird sich etwas anderes einfallen lassen müssen als den Vorschlag, dass man die Leute nach Brandenburg weiterschicken könnte. Das ist sicherlich nicht unsere Lösung innerhalb Deutschlands.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, entscheidend ist: Wir dürfen keine falschen Anreize setzen. Ich mache kein Hehl daraus, dass ich die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach wir für jeden Asylbewerber aus der ganzen Welt vom ersten Tage an, an dem er in Deutschland anklopft, das volle deutsche Sozialhilfeniveau zahlen müssen, für völlig überzogen halte. Das wird auf Dauer nicht durchzuhalten sein.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen diese Entscheidung im Moment als Rechtsprechung respektieren. Angesichts der Situation in der Welt ist sie aber einfach unreal. Das kann auf Dauer nicht funktionieren.

(Angelika Weikert (SPD): Es ist dennoch eine Gerichtsentscheidung!)

Liebe Frau Kollegin Weikert, Sie haben gesagt, der Bund übernehme mehr Kosten. Ja. Das ist etwas mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein, löst aber die Probleme auf Dauer nicht. Hier wurde jedoch der Eindruck erweckt, als ob wir dieses Geld nicht an die Kommunen weitergäben. Das ist natürlich völlig daneben.

(Angelika Weikert (SPD): Das sagt der Bayerische Städtetag!)

- Entschuldigung, das hat nicht einmal Uli Maly behauptet. Uli Maly hat vor ein paar Wochen noch als Präsident des Deutschen Städtetages der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin ins Gesicht gesagt, dass es für die nordrhein-westfälischen Kommunen sehr günstig wäre, wenn sie von ihrem Land nur annähernd so behandelt wür-

den, wie die bayerischen Kommunen vom Freistaat Bayern. So ehrlich ist der Präsident des Städtetages nämlich schon.

(Beifall bei der CSU)

Nordrhein-Westfalen hat seinen Kommunen bis vor Kurzem gerade einmal 30 % der Kosten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erstattet.

(Angelika Weikert (SPD): Das halte ich nicht für gut!)

Wir zahlen seit Jahren 100 %. Das Geld des Bundes wird zur Deckung dieser Kosten verwendet. – Frau Weikert, Sie halten das nicht für gut. Das hoffe ich auch. Dann sollten Sie aber auch nicht das Gegenteil erzählen.

SPD und GRÜNE auf Bundesebene sind dafür, dass jeder junge Mensch, der nach Deutschland kommt, einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz erhält und mindestens fünf Jahre bleiben darf. Meine Damen und Herren, das hört sich natürlich im ersten Moment für den einzelnen jungen Menschen sehr gut an,

(Zurufe von den GRÜNEN)

keine Frage. Wir haben aber im Moment angesichts der dramatischen Entwicklung der Zahlen der sogenannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge das Problem, dass Sie in dem Moment, in dem Sie so etwas – im wahrsten Sinne des Wortes – in die Welt setzen, Sie natürlich einen unheimlichen Anreiz auslösen, damit Menschen aus aller Welt sagen:

(Zurufe von den GRÜNEN)

Okay, wenn ich, sobald ich den deutschen Boden betrete, einen Anspruch auf einen Ausbildungsplatz habe und mindestens fünf Jahre bleiben kann, dann versuche ich es auch. Deshalb gibt es doch die aktuelle Entwicklung. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind eben nicht, wie vielleicht der eine oder andere vor ein paar Jahren noch gemeint hat, arme Waisenkinder, die von irgendwo hierherkommen, sondern das

Gegenteil ist der Fall. Auch hier findet jetzt ein unglaubliches Schleusergeschäft statt. Menschen werden von ihren Familien gegen die Zahlung von viel Geld auf den Weg geschickt, damit sie in Deutschland ihr Glück finden können. Mit solchen Anreizen werden Familien nur aus finanziellen Gründen auseinandergerissen. Meine Damen und Herren, das ist überhaupt nicht humanitär!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen deshalb klipp und klar: Ja, wir sind mit den Verfahrensdauern auf Bundesebene nach wie vor sehr unzufrieden.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Im Koalitionsvertrag steht – das ist zu Recht angesprochen worden –, in drei Monaten sollen sie in der Regel abgeschlossen sein. Das Gegenteil ist in den letzten Jahren der Fall gewesen. Auch wenn die Bundesregierung in Berlin unionsgeführt ist, werde ich nicht müde, deutlich zu machen, dass wir damit höchst unzufrieden sind und das nicht in Ordnung ist.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE) und Volkmar Halbleib (SPD))

240.000 Anträge sind gegenwärtig noch nicht verbeschieden. Das ist ein Unding, humanitär gesehen eine Zumutung für die Betroffenen, und es hindert uns daran, diejenigen, die kein Recht auf Asyl haben, sofort wieder außer Landes zu bringen. Das ist das Problem an der ganzen Geschichte, und deshalb werden wir nicht müde, das weiter anzusprechen.

Ich kann nur in völliger Übereinstimmung mit dem, was Thomas Kreuzer gesagt hat, feststellen: Ja, wir werden diese Themen im Bundesrat weiter auf die Tagesordnung bringen, und wir werden, wenn es sein muss, in jeder Sitzung und jeden Monat wieder,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Gerne! Gerne alle 14 Tage!)

SPD und GRÜNE dazu zwingen, Farbe zu bekennen.

(Beifall bei der CSU)

Sie werden erleben, dass sich auch Kommunen in den rot-grün regierten Ländern das nicht mehr lange gefallen lassen, was damit über sie hereinbricht.

Noch einmal: Wir haben eine klare humanitäre Verpflichtung für die echten Flüchtlinge, aber eine konsequente Missbrauchsbekämpfung ist dort nötig, wo Menschen völlig ohne Recht Sozialleistungen in unserem Land in Anspruch nehmen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Nur so werden wir der aktuellen Situation gerecht, und dafür werden wir gemeinsam weiterkämpfen!

(Anhaltender Beifall bei der CSU - Zurufe von der CSU: Bravo!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, damit ist die Aktuelle Stunde beendet.